Morgen-Ausgabe Nr. 94 Freitag, 25. Februar 1938

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus monatlich RM. 3.20, durch Postbezug RM. 3.20 einschl. 48,44 Rpf. Postgeb. (ohne Postzustellungsgeb.) bei fehlerhaft wöchentlich. Versand. Einzel-Nr. 10 Rpf., bei gleichzeitig. Versand d. Abend- u. Morgen-Ausgabe 15 Rpf.

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42. Fernruf 25241. Postscheckkonto 1068 Dresden. Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden und des Schiedsamtes beim Oberversicherungsamt Dresden

Anzeigenpreise lt. Preisliste Nr. 7: Millimeterzeile (22 mm breit) 11,5 Rpf. Nachlässe nach Staffel B. Familienanzeigen u. Stellengesuche Millimeterzeile 8 Rpf. Ziffergeb. 30 Rpf. — Nachdruck nur mit Quellenangabe Dresdner Nachrichten. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Schuschniggs große Rede

Die deutsche Aufgabe Oesterreichs

Sinn und Zweck der Berchtesgadener Besprechungen

Wien, 24. Februar.

Der österreichische Bundeskanzler Dr. Schuschnigg hielt am Donnerstag vor dem versammelten österreichischen Bundestag seine mit Spannung erwartete Rede. Er ging darin besonders auf Sinn und Zweck der Berchtesgadener Besprechungen ein und betonte seinen festen Entschluß als der für Oesterreichs deutsche Aufgabe Verantwortliche, das in Berchtesgaden gegebene Wort einzulösen.

In seiner Rede führte Bundeskanzler Schuschnigg u. a. aus:

„Wenn ich gebeten habe, den Bundestag zu einer außerordentlichen Sitzung einzuberufen, dann liegt dem einmal ein formaler Anlaß zugrunde:

Es gilt, die ergänzte Regierung dem Hause vorzustellen, die der Herr Bundespräsident auf meinen Antrag bestellt hat. Allein schon die größere Zahl meiner Mitarbeiter zeigt eindeutig und klar, daß sich die verantwortliche Staatsführung vor besondere Aufgaben gestellt sieht, die sie unter allen Umständen zu lösen entschlossen ist.

Jetzt galt es nicht, zu debattieren; es galt, zu handeln, das Vertrauen aller, die zu positivem Einsatz bereit sind, zu mobilisieren, den ganzen Verantwortungssinn aller zusammenzuballen. Der erste und einzige Punkt der Tagesordnung ohne Allfälliges und ohne Debatte lautet:

Oesterreich!

Damit ist auch der gesamte Inhalt der Regierungserklärung in allen ihren Teilen umrissen. Die Regierung mit allen ihren Mitgliedern steht unverrückbar auf dem Boden der Verfassung vom 1. Mai 1934. Sie erachtet es daher als ihre erste und selbstverständliche Pflicht, mit allen ihren Kräften die unversehrte Freiheit und Unabhängigkeit des österreichischen Vaterlandes zu erhalten. Sie sieht ihre Aufgabe darin, den Frieden nach außen mit allen ihr zustehenden Möglichkeiten zu sichern und den Frieden im Innern nach bestem Wissen und Gewissen zu verbreiten und zu wahren."

In der Erfüllung dieser Aufgabe erblicke die österreichische Regierung zugleich, bemerkte der Bundeskanzler weiter, ihr uneingeschränktes Bekenntnis zu ihrer deutschen Pflicht. Der Kampf um die Unabhängigkeit sei sinnvoll, wenn es gelinge, dem deutschen Volk in Oesterreich in allen seinen Schichten die Wege zu Glück und Wohlstand, zu Brot und freiem Lebensraum, zu einer gedeihlichen Fortentwicklung zu ebnen, die Wunden zu schließen, die ein unglücklicher Krieg und ein unseliger Frieden ihm geschlagen habe.

„Ich brauche nicht zu betonen", erklärte Dr. Schuschnigg u. a. weiter, „daß ausländische Vorbilder für uns nicht in Frage kommen konnten. Die Verfassung kennt keine Parteien und keinen Parteistaat; sie unternimmt die berufsständische Gliederung des Volkes, wobei als regulierender Faktor die autoritäre Spitze der staatlichen Führung vorgesehen ist." Daher gebe es auch keine Koalition weder im politischen Leben noch in der Regierung. Die neue österreichische Regierung könne daher keine Regierung der Koalition, also eine Parteienregierung, sein, sondern ihr Ehrgeiz bleibe es, die Konzentration „aller positiven Kräfte des österreichischen Volkes" darzustellen.

Jedem Oesterreicher, der zur Mitarbeit bereit und entschlossen sei und der seine Kräfte dem Aufbauwerk widme, stehe der von der Regierung vorgezeichnete Weg zur Arbeit offen.

Der Bundeskanzler begründete hierauf den zweiten Anlaß, der von ihm und seinen Mitarbeitern Rechenschaft fordere vor dem Bundestag. Er verwies zunächst auf die Einladung zu einer mündlichen Aussprache, die der Führer und Reichskanzler an ihn habe ergehen lassen und die am 12. Februar am Obersalzberg stattgefunden habe.

Das Abkommen vom 11. Juli 1936 habe in seiner Durchführung Schwierigkeiten aufgezeigt, deren ungelöstes Fortbestehen eine akute Gefahrenquelle bedeutet habe. Trotz aller Bemühungen sei es bisher nicht restlos gelungen, die Spannungen zu lösen, die über dem deutschen Raum, über Oesterreich und Deutschland seit Jahren lasteten. Es habe sich ein auf die Dauer unerträglicher, weil durchaus anormaler Zustand herausgebildet. So war denn dieser Tag von Berchtesgaden, wie ich in Uebereinstimmung mit dem Reichskanzler und Führer des Deutschen Reiches zuversichtlich hoffe, ein Markstein, der die Beziehungen unserer beiden Staaten im Interesse des gesamten deutschen Volkes, seiner Kultur und seines volklichen Lebens, im Interesse insbesondere auch unseres österreichischen Vaterlandes, dauernd und für alle Zukunft freundschaftlich zu regeln bestimmt ist: ein Markstein des Friedens."

(Fortsetzung auf Seite 2)

Der Führer bei seiner Alten Garde im Hofbräuhaus

Zu historischer Stunde an historischem Ort

München, 24. Februar.

Der Abend des historischen 24. Februar gehört den ersten Parteigenossen, jenen Männern und Frauen, die mit dem Führer den langen, schweren und opfervollen Weg gegangen sind bis zu dem glorreichen Sieg. Und es ist ein geheiligter Brauch, daß die ersten Nationalsozialisten Jahr für Jahr zur historischen Stunde am Ort des geschichtlichen Geschehens zusammenkommen, um, einer großen Familie gleich, Wiederleben zu feiern. Und Jahr für Jahr weilt Adolf Hitler unter ihnen.

Der große Saal des „Hofbräues", der, wie damals vor 18 Jahren, schmucklos geblieben ist, ist wieder restlos überfüllt. Um das einfache Rednerpodium spannt sich ein Hakenkreuztuch als einziger Schmuck. Die meisten der alten Kampfgenossen des Führers tragen das schlichte Braunhemd, alle aber das goldene Ehrenzeichen der Partei, viele Männer unter ihnen auch Träger des feldgrauen Rockes — den Blutorden.

Kurz nach 8 Uhr klingt Marschmusik auf. Die Anwesenden erheben sich. Grimminger trägt, geleitet von zwei SS-Führern, die Blutfahne in den Saal, und steht jetzt mit dem geheiligten Feldzeichen hinter dem Rednerpult. Die Spannung erreicht ihren Höhepunkt. Ein Trompetensignal, und der Badenweiler-Marsch dröhnt durch den Saal. Der Führer kommt. Ein Jubelsturm bricht los, gewaltig und unbeschreiblich. In diesem Orkan der Begeisterung drückt sich nicht nur die grenzenlose Liebe und Treue der Alten Kämpfer aus, sondern der Dank und der Stolz des ganzen Volkes. Adolf Hitler geht, nach allen Seiten grüßend und dankend, zur Saalmitte.

Gauleiter Adolf Wagner spricht

Dann steht Gauleiter Adolf Wagner vor dem Mikrophon und eröffnet die Feierstunde. In seiner kurzen Ansprache wendet er sich an seine Kameraden und Kameradinnen:

Ich danke in euer aller Namen unserem Führer, daß er uns den heutigen Abend wieder schenkte. Und wir danken dem Führer, daß er uns wieder die Möglichkeit gibt, ihm zu zeigen, wie unendlich lieb wir ihn haben.

Ich weiß, daß jeder einzelne von euch ihm das am liebsten selbst sagen möchte, aber da das nicht geht, tue ich das für euch. Es gibt sicherlich viele Menschen, vor allem draußen in der Welt, die das nicht verstehen. Sie verstehen es vor allem deshalb nicht, weil sie selbst keinen Hitler haben. Denn sie haben ja nur Parlamentarier, aber wir haben unseren Führer. Und vor allem wir, die wir in diesem Saale sind, wir wissen, was das bedeutet für uns und unser Volk. Denn als vor 18 Jahren der Führer in diesen Saal trat, war er die Hoffnung einiger weniger Menschen. Als er aus dem Saale ging, heute vor 18 Jahren, war er die große Hoffnung aller jener, die in diesem Saale waren. Und am 30. Januar 1933 wurde er — und seit dieser Zeit ist er die ganz große Hoffnung aller Deutschen. Man braucht kein Prophet zu sein, um vorauszusagen, daß Adolf Hitler wahrscheinlich morgen schon die Hoffnung aller Menschen, die guten Willens in der ganzen Welt sind, sein wird. (Unbeschreiblicher Jubel.) Und so grüßen wir ihn mit dem alten Kampfruf: Adolf Hitler, Sieg-Heil!

Und nun tritt der Führer an das Podium. Nochmals rauscht der Jubel auf. Der Blick des Führers geht über die Reihen der Alten Garde, geht über die Männer und Frauen, mit denen ihn die Erinnerung an schöne und schwere Tage verbindet. Dann spricht der Führer.

(Fortsetzung Seite 3)

Einsatz der Mädchen

Bei dem großen Rückblick über fünf Jahre wirtschaftlichen Aufstiegs konnte der Führer feststellen, daß aus dem Mangel an Arbeitsplätzen, der Anfang 1933 insgesamt 15,5 Millionen Deutschen das bittere Schicksal der Arbeitslosigkeit auferlegte, heute ein Mangel an Arbeitskräften geworden ist. Ueberall fehlen Menschen, und wir sind bereits gezwungen, Arbeiter aus dem Auslande heranzuziehen, um der mit immer höheren Touren laufenden Produktion die benötigten Kräfte zuführen zu können. Am bedrohlichsten wurde der Mangel an Arbeitskräften in der Landwirtschaft, und der Reichsnährstand hat in letzter Zeit immer lauter nach Hilfskräften gerufen. Jetzt ist durch den Göring-Erlaß über das weibliche Pflichtjahr dieser Lage Rechnung getragen worden, und der landwirtschaftliche Arbeitseinsatz wird bereits in den nächsten Monaten fühlbar entlastet werden. Nach dem Erlaß des Ministerpräsidenten Göring darf vom 1. März ab keine weibliche Arbeitskraft unter 25 Jahren neu in das Erwerbsleben eintreten, wenn sie nicht vorher ihr Pflichtjahr in Land- oder Hauswirtschaft abgeleistet hat. Vorerst wird das Pflichtjahr auf die weiblichen Angestellten und die Arbeiterinnen der Bekleidungs-, Textil- und Tabakindustrie beschränkt, doch dürften bald weitere Berufszweige einbezogen werden. Damit wurde die Arbeitslenkung, die im nationalsozialistischen Staat immer stärker ausgebaut wird, durch eine neue und einschneidende Maßnahme weitergeführt.

Die Gründe, die die Einführung des weiblichen Pflichtjahres notwendig gemacht haben, liegen auf der Hand. Der weibliche Arbeitseinsatz hat in den letzten drei Jahren eine Entwicklung durchgemacht, die den Staat vor völlig veränderte Voraussetzungen stellte. Während man im Jahre 1933 durch die Gewährung von Ehestandsdarlehen das Ausscheiden weiblicher Kräfte aus der Wirtschaft förderte, um die langjährig arbeitslosen Familienväter wieder in den Arbeitsprozeß eingliedern zu können, wurden in den letzten Jahren nicht nur alle einsatz- und ausgleichsfähigen männlichen Arbeitslosen beschäftigt, sondern man mußte darüber hinaus wieder stark auf weibliche Kräfte zurückgreifen. Heute findet jedes Mädchen im Handumdrehen eine passende Stellung, und hier liegt, so eigenartig es auch klingen mag, eine gewisse Gefahr. Die Ansprüche an den Arbeitsplatz werden immer höher geschraubt, Landarbeiterinnen gehen in die Stadt, Hausmädchen suchen möglichst kleine und kinderarme Haushalte, und die Sozial- und Pflegeberufe leiden unter dem Wettbewerb der oft höher bezahlten kaufmännischen Berufszweige.

Da die innere Verschiebung auf dem Gebiete des weiblichen Arbeitseinsatzes zu einer Gefährdung wichtigster wirtschaftlicher und rassepolitischer Positionen geführt hat, waren schnelle und weitreichende Maßnahmen unvermeidlich. Die Landwirtschaft, die zur Zeit einen schweren Kampf um die Nahrungsfreiheit des deutschen Volkes führt, braucht jede Hand, wenn nicht die Ernährungslage und damit die Devisenpolitik des Reiches gefährdet werden soll. Die Nahrungsfreiheit ist überdies eine Voraussetzung für das Gelingen des Vierjahresplanes und heute mehr denn je eine politische Notwendigkeit. Schon jetzt aber besteht in der Landwirtschaft ein Fehlbedarf von mindestens 250 000 Arbeitskräften, und allein im letzten Jahre ging die Zahl der nicht zur Familie gehörenden Hilfskräfte um 60 000 zurück. In der Hauswirtschaft ist der wachsende Mangel an weiblichen Kräften insofern nicht unbedenklich, weil die bevölkerungspolitischen Maßnahmen und der kommende Familienlastenausgleich sich nur teilweise auswirken können, wenn den kinderreichen Familien keine hauswirtschaftlichen Hilfskräfte zur Verfügung stehen.

Aus diesen Gründen werden jetzt auf dem Gebiete des weiblichen Arbeitseinsatzes die Reserven mobilisiert. Das darf von unseren jungen Mädchen nicht als einseitige Zwangsmaßnahme des Staates verstanden werden. Sie sollen vielmehr die innere Notwendigkeit ihres Einsatzes begreifen. Auch das weibliche Pflichtjahr ist ein Beitrag zum Vierjahresplan und damit zur wirtschaftlichen Freiheit unseres Volkes. Die gleichaltrigen jungen Männer dienen

Heute: Der D. N. Kraftfahrer
Seite 13